

Medienmappe „SVP nicht willkommen – ganz FEST GEGEN RASSISMUS“

Dossier de presse „UDC pas la bienvenue – manifestation contre le racisme“



Aufruf/ Appel	beigelegt
Unterzeichnende / Signataires	3
Ansprache von... / Discours de...	
Andrew Katumba, Second@s plus	4
Branka Goldstein, IG Sozialhilfe	5
Sadik Kulusari, Kurdisch-Türkisch-Schweizerischer Kulturverein	7
Lea Bill, Junge Alternative JA!	8
Etienne Epengola, Association des Congolais de Berne	9
Text von Balthasar Glättli, Solidarité sans frontières	9

Liste der unterzeichnenden Organisationen (Stand 6.10.07):

Les organisations suivantes ont signé notre appel (état au 6 octobre 2007

ACOR SOS-Racisme
Action Autonome
Anarchistische Aktion Bern
Antifa Bern
Antifa Festival Bern
artificiel, Fribourg
attac Bern
attac Schweiz
Autonome Antifa Freiburg im Breisgau & Heidenheim
Autonome Schule denk:mal, Bern
Bündnis Alle gegen Rechts, Bern
C.E.D.R.I.
Collectiv des Sans-Papiers La Côte
CSOA il Molino
Culture Factory
Dafne - das feministische Netz Bern
Der Funke Schweiz
espace noir, St. Imier
FAU - Freie ArbeiterInnen Union Bern
FAUCH Freie ArbeiterInnen Union Thun, Murifeld & Schweiz
Gassenküche der SIKB
Gewerkschaftsbund der Stadt Bern und Umgebung
Gioventú Comunista
Grüne Partei Bern-Demokratische Alternative GPB-DA
Grünes Bündnis Stadt Bern
Homo AG
IG Sozialhilfe, Zürich
Info- und Plattenladen Romp, Luzern
Infoladen Bern
Junge Alternative JA!, Bern
JungsozialistInnen Schweiz
JS Fribourg
Juso Bern
kabba.ch (Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen)
Kurdisch-Türkisch-Schweizerischer Kulturverein KUTÜSCH
l'autre syndicat La Côte
Ligue Suisse des Droits de l'Homme
Liste 13 Basel

Longo maï
Mouvement Pour le Socialisme
Movimento di Senza Voce
Neue PdA Basel
Organisation Socialiste Libertaire (OSL)
PdA Bern
PdA Schweiz
Queerrrage
SCAB, Valais
Sindacato Indipendente degli Studenti e Apprendisti (SISA)
Solidaritätsnetz Region Bern für Menschen ohne geregelten Aufenthalt
Solidarité sans frontières
Solidarités
SOS-Asile Vaud
Unia Jugend Zürich-Schaffhausen
Unia Region Bern
Verein NestBau

Bands am Fest / Bands à la manifestation

The Young Gods (Alternative Rock, CH)
Gaugehill (Hiphop Bern)
Greis (Hiphop, Bern)
Prosaik (Hiphop, Bern)
MQ&MIK (Hiphop, Bern)
Wagëblë & Angle By Fall (Hiphop Sénégal / CH)
Direct Raption feat. The Motherfucking Antixetzer & Collective Mary Read (Anarcho-Hiphop-Bigband CH / F)
Zion Step (Reggae, BE)

Wolf im Schafspelz

Danke liebe SVP! Danke, dass Ihr es uns ermöglicht habt, hier zusammen zu stehen und für eine offene und tolerante Schweiz zu demonstrieren. Denn ohne Eure hetzerischen Kampagnen gegen dreiviertel aller Menschen in diesem Land, und gegen alle , die Euch nicht wählen, hätten wir uns heute hier in Bern sicher nicht versammelt und nicht gefeiert.

Dennoch möchte ich heute einige Worte an die Bevölkerung richten. An Euch. Ihr, die scharfsinnig das Zeitgeschehen beobachtet und nicht schafssinnig wie blöckende Viecher einem Hirtenführer hinterherlaufen. Es gibt Kräfte in unserem Land, die sich nur durch Angst und Schrecken an der Macht halten. Es gibt Menschen in unserem Land, die Hass schüren statt Frieden predigen. Es gibt Leute in unserem Land, die die Bevölkerung gegeneinander aufhetzen. Doch ich sage Euch, diese Zeiten sind vorbei. Wir aufgeweckten Menschen haben den Wolf im Schafspelz entdeckt. Jenen, der sich als braves Lamm ausgibt und heimlich Nachts unser gutes Gewissen frisst.

Ich stehe hier oben um Euch zuzusagen: Nein. Die Schweiz ist nicht Europas finsteres Herz! - wie kürzlich in einer englischen Tageszeitung zu lesen war. Die Schweiz ist ein Ort des Friedens und der Toleranz. Die Schweiz ist ein Ort der Eintracht und des gegenseitigen Respekts. Dennoch gibt es Kräfte in unserem Land, die lieber Zwietracht säen und Angst predigen, statt Vertrauen und Zuversicht. Ich stehe heute vor Euch, um Euch dieses dumpfe Gefühl zu nehmen und Euch Mut zuzusprechen. Bald sind die Zeiten vorbei, wo unterschieden wird zwischen schwarz und weiss, zwischen blau und rot, zwischen grün und gelb. Meine Mutter kommt aus der Ukraine, mein Vater aus Uganda. Meine Frau kommt aus Singapore und aus Bern und nun sagt mir bitte, welche farbe haben meine beiden Kinder? Bereits jeder zweite in unserem Land hat einen Vater oder eine Mutter, die nicht aus der Schweiz stammen. Und dennoch gehören sie alle hierher. Darum gibt es nicht nur weisse und schwarze Schafe in unserem Land, sondern braune, gefleckte, gehörnte und auch blöde. Und ich sage Euch, Ihr alle gehört hierher. Und Ihr alle dürft hier leben und lieben.

Wir brauchen keinen Schafshirten, der uns den Weg zeigt! Danke, wir finden das Futter selber. Auf das wir alle gemeinsam morgen aufstehen und an ein friedliches Zusammenleben denken.

Mäh!

(Es gilt das gesprochene Wort)

Andrew Katumba, Gemeinderat der Stadt Zürich, Nationalratskandidat der SP, Second@s-Plus

Ansprache 6. Oktober: SVP nicht willkommen – ganz Fest gegen Rassismus:

Nein zu Sozialapartheid in der Schweiz!

Liebe Antifaschistinnen!
Liebe Antifaschisten!

Mir stockte das Herz als ich zum ersten Mal das SVP-Plakat mit dem weggetretenen schwarzen Schaf sah: Aufgewachsen als Flüchtlingstochter, erinnerte ich mich an die Hoffnung der mir nahe stehenden Shoa-Überlebenden: „Nie wieder! Nie wieder Faschismus! Nie wieder Rassismus, nie wieder Diskriminierung...nie wieder, und was dann folgte und nicht in Worte zu fassen ist...“

Seit Blocher Bundesrat geworden ist, hagelt es von Gesetzen, welche die Menschenrechte und Menschenwürde der sozial schwächeren Menschen verletzen bei SozialhilfeempfängerInnen und den Menschen mit einer Behinderung! Bei unerwünschten Flüchtlingen werden die Menschenrechte mit Füßen getreten und ausser Kraft gesetzt.

Blocher wurde 2003 in den Bundesrat gewählt und im gleichen Jahr wurde der faschistoide Ausdruck *Scheininvalidi* zum Unwort des Jahres 2003! Durch die SVP-Hetzkampagnien *Scheininvalidi*, *Sozialmissbrauch* ist die emotionale Stimmung in der Öffentlichkeit gekippt: Was berührte und betroffen machte, das Leiden der Menschen an Armut, Benachteiligung Krankheit und Behinderung wird kaum noch thematisiert und wahrgenommen: Benachteiligten und armutsbetroffene Menschen werden zum Kostenfaktor erniedrigt: Statt die Armut zu bekämpfen werden Armutsbetroffene bekämpft! Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen werden unbedacht hingenommen: Ein schleichender gefährlicher Prozess vom Recht ins Unrecht ist im Gange! Wer sich nicht klar gegen den Sozialabbau und die Diskriminierung von Armutsbetroffenen stellt, leistet dem faschistoiden Gedankengut Schützenhilfe!

Das aufkeimende faschistoide Gedankengut vergiftet das soziale Klima in der Schweiz: Heute ist Sozialabbau bereits Alltag: Die fünfte IV-Revision ist ein faschistoider Angriff der SVP auf die Würde und die Existenz der Menschen mit einer Behinderung. Die Opfer von Krankheit, Behinderung erlittener Gewalt, sexueller Ausbeutung und/ oder schwerer Vernachlässigung in der Kindheit haben heute durch das neue IV-Gesetz kaum eine Chance zur Rente zu kommen! Jede fünfte Person, die eine IV-Rente beantragt, wird aus Prinzip abgelehnt, damit sich die Quote verringert: Menschen, denen die IV verweigert wurde, bleiben bei der Sozialhilfe (39%) oder müssen von der Familie 35% unterstützt werden.

(Quelle: ZESO, Zeitschrift der SKOS 3/2006) Die fünfte IV-Revision ist das direkte Resultat der SVP-Hetz-Kampagne, die im Jahre 2003 begann.

Vor zwei Jahren wurde die Sozialhilfe gesenkt und die Bedingungen Sozialhilfe zu bekommen verschärft! (Einführung der neuen SKOS-Richtlinien 2005) Durch die SVP-Missbrauchskampagne werden SozialhilfebezügerInnen entwürdigt und vorverurteilt: Sie sind noch mehr unter Druck und noch mehr den staatlichen Eingriffen in ihre Privatsphäre ausgeliefert! .Tatsache ist aber, dass der Steuermisbrauch acht Mal höher ist als der Sozialhilfemissbrauch! Doch schweizweit gibt es immer weniger Steuerinspektoren. (aus Beobachter Nr. 17 / 07) Warum wird die Zahl der Steuerinspektoren nicht ums achtfache erhöht? Dies würde die Staatskassen füllen, sodass die dringend nötigen Gelder für Armutsbetroffene, für deren Gesundheit und Bildung sowie die Sozialausgaben aufgestockt werden könnten! Nein, keine neuen Steuerinspektoren werden gerufen! Es wird in einem der reichsten Länder der Welt in der Schweiz nach Sozialhilfeinspektoren geschrien: Dies ist

ein klarer Angriff gegen die Armutsbetroffenen, um die Verschärfung der Politik der Umverteilung von Arm zu Reich voranzutreiben!

Der SVP geht es darum, den Sozialstaat immer weiter auszuhöhlen, um dem willkürlichen Fürsorgestaat die Tore zu öffnen. Im Fürsorgestaat müssen soziale Leistungen erbettelt und möglichst zurück bezahlt werden: Auf Sozialhilfe gibt es keinen einklagbaren Rechtsanspruch - im Gegensatz zu den Sozialversicherungen. So ist die fünfte IV-Revision ein Markstein auf dem Weg zum Fürsorgestaat.

Widerstand ist Pflicht, wenn Recht zu Unrecht wird!

Kämpfen wir darum, dass **alle** Nichterwerbstätige und Erwerbstätige, Working-poor's und SozialhilfebezügerInnen, IV-und AHV-RentnerInnen, Kinder und Erwachsene, Einheimische und Flüchtlinge nicht durch Armut und strukturelle Gewalt in einem der reichsten Länder der Welt verelenden!

Erinnern wir uns, was M. Gandhi sagte:

„Armut ist die schlimmste Form von Gewalt!“

Darum:

**Nein zur diskriminierenden Sozialpolitik, die Opfer opfert!
Nein, zur Sozialapartheid in der Schweiz!**

Branka Goldstein, Gründerin und Präsidentin IG Sozialhilfe

Für die Gleichheit der Menschen

“fest GEGEN RASSISMUS“

Wir sind hier ganz “fest GEGEN RASSISMUS“. Alle, die hier sind, die sich das schwarze Schaf nennen, dürfen stolz darauf sein, dass sie keine Opfer der herrschenden Propaganda sind. Sie dürfen stolz darauf sein, dass sie, zum Beispiel, nicht an der SVP-Demo teilnehmen und sich stattdessen gegen den rassistischen Wahlkampf der SVP zur Wehr setzen. Wir sind jedoch nicht gegen die Leute, die an der SVP-Demo teilnehmen. Sie sind nicht unsere Feinde, sondern sie sind Menschen, die gegen die gesellschaftlichen Interessen und für die Interessen des Kapitals manipuliert wurden. Sie sind falsch orientiert und es fehlt ihnen an kritischem Bewusstsein. Wir sind gegen die rassistische Ideologie, wir sind gegen den Rassismus. Doch was ist überhaupt Rassismus? Cécile Bühlmann, die Vizepräsidentin der eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, definiert:

«Rassismus ist eine Ideologie, eine Weltanschauung, eine Haltung, die ein Menschenbild der Ungleichwertigkeit vertritt. Diese Ideologie sagt, dass es bessere und minderwertigere Menschen gibt, dass es eine Hierarchie der Qualität von Menschen gibt und dass diese Qualität im Blute liegt, also biologisch oder genetisch bedingt und deshalb unveränderbar ist. Diese Ideologie sagt weiter, dass die eigene Gruppe höher im Wert ist als die anderen, die Dunkelhäutigen, die Andersgläubigen, und dass es legitim ist, diese minderwertigen Anderen schlecht zu behandeln.»

Dazu möchten wir den Artikel 261 des schweizerischen Strafgesetzbuches erwähnen:

«Wer öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Hass oder Diskriminierung aufruft, wer öffentlich Ideologien verbreitet, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung der Angehörigen einer Rasse, Ethnie oder Religion gerichtet sind, wer mit dem gleichen Ziel Propagandaaktionen organisiert, fördert oder daran teilnimmt, wer öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, Gebärden, Tätlichkeiten oder in anderer Weise eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion in einer gegen die Menschenwürde verstossenden Weise herabsetzt oder diskriminiert oder aus einem dieser Gründe Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost oder zu rechtfertigen sucht, wer eine von ihm angebotene Leistung, die für die Allgemeinheit bestimmt ist, einer Person oder einer Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion verweigert, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.»

Wir erwarten von der schweizerischen Justiz, dass sie gegen die rassistische SVP-Propaganda vorgeht und dass der Artikel 261 im Strafgesetzbuch nicht nur Makulatur bleibt, sondern dass dieser Artikel angewandt wird. Auf anderer Seite ist uns bewusst, um was es hier geht. Es ist uns bewusst, dass die SVP-Logik ein Produkt des kapitalistischen Systems ist, dass die Überwindung des global organisierten Kapitalismus eine weltweit organisierte Gegenkraft braucht. Durch die Integration der nationalen Märkte und der nationalen Kapitalien sind ein Weltmarkt, ein Weltkapital und ein Weltsystem entstanden. Ein erfolgreicher Kampf gegen das Weltsystem muss weltweit sein. Wir haben eine grosse Friedensbewegung gegen Kriege: Wir begrüssen sie. Wir haben eine grosse Frauenbewegung: Wir begrüssen sie. Wir haben eine grosse ArbeiterInnenbewegung, wir begrüssen sie; wir haben eine grosse ökologische Bewegung, wir begrüssen sie. Aber all das reicht nicht. Wir müssen schauen, dass all diese Bewegungen weltweit eine gemeinsame Strategie entwickeln können. Denn erst dann können wir eine Welt schaffen, in der die Menschen nicht hochwertig oder minderwertig, sondern alle gleichwertig sind.

Sadik Kulusari,

Kurdisch-Türkisch-Schweizerischer Kulturverein KUTÜSCH

Rede 6.Oktober „ganz FEST GEGEN RASSISMUS“

Liebe schwarze Schafe
Liebe Frauen und Männer
Liebe Kinder

Wir haben uns hier und heute versammelt um gegen Rassismus und aus aktuellem Anlass besonders gegen die fremdenfeindliche Politik der SVP zu demonstrieren.

Die SVP hat in ihrem diesjährigen Wahlkampf wieder einmal bewiesen, welche Grundsätze ihr zugrunde liegen: Ausgrenzung, Rassismus und Kampf gegen den Sozialstaat, um nur einige zu nennen.

Die Schwarze-Schafe-Kampagne, die gezielt Menschen mit anderer Hautfarbe an den Pranger stellt und beleidigt, ist nicht die erste oder einzige solch rassistische Propaganda.

Vor einigen Jahren versuchte die SVP uns mit gefälschten Statistiken weiszumachen, dass die Schweiz von muslimischen Menschen überflutet werde und unsere Heimat in Gefahr sei.

Immer wieder stellen SVP-Exponenten demokratische Grundwerte in Frage und grenzen gezielt Teile der Bevölkerung aus. So vergleicht der Berner Stadtrat Erich Hess AusländerInnen mit Ameisen. Seine Argumentation ist die folgende: Die AusländerInnen würden durch zu menschenfreundliche Asylgesetze und zu grosszügige soziale Unterstützung scharenweise in die Schweiz gelockt. Also genau so, wie Ameisen durch Süssgetränke angezogen werden. Bundesrat Christoph Blocher spricht sich dafür aus, die Rassismusstrafnorm abzuschaffen. Zudem war er der Drahtzieher für die Verschärfung des Asyl- und Ausländergesetzes. Er stellt damit ganz klar Grund- und Menschenrechte für AusländerInnen in Frage!

Mit diesem Gesellschaftsmodell und der Rhetorik verbreitet die SVP seit Jahren ein Klima der Angst unter der Schweizer Bevölkerung und das auf den Schultern von MigrantInnen.

Doch wo bleibt der Widerstand gegen eine solch diskriminierende und menschenverachtende Politik?

Es ist der falsche Weg, ständig zu versuchen, die SVP ins Politikgeschehen einzubinden und mit Zusammenarbeit die Ideen der SVP abzuschwächen. Auf diese Weise wird seit Jahren das rassistische Gedankengut der SVP von vielen PolitikerInnen ignoriert und damit auch toleriert.

Als Vertreterin der Jungen Alternative fordere ich deshalb alle ExponentInnen aus Politik und Gesellschaft dazu auf, nicht mehr stillschweigend die Hetzkampagnen der SVP zu tolerieren und endlich klipp und klar Stellung zu beziehen.

Denn: Die SVP hat in den letzten Jahren massgeblich dazu beigetragen, dass rassistisches und menschenverachtendes Gedankengut salonfähig wird. Im Fahrwasser der SVP-Hetzkampagnen mehren sich Brandanschläge auf Asylbewerberheime und Sprengstoffanschläge auf Andersdenkende.

Es ist fünf vor zwölf! Es ist höchste Zeit, dass wir uns alle diesen rechts-extremen Tendenzen entgegen stellen! Wir wollen unsere Zukunft nicht rassistischer, demagogischer und unsozialer Politik überlassen!

Unsere Vorstellung vom Zusammenleben ist eine fundamental andere: Wir wollen eine solidarische und offene Schweiz, in welcher die Grundrechte und Bedürfnisse aller Menschen ernst genommen und als gleichwertig behandelt werden.

Als Zeichen dafür überlassen wir die Stadt Bern heute nicht alleine der SVP, denn wir sind uns einig: Die SVP und ihre ausgrenzende Politik ist hier nicht willkommen, wir wollen keine RassistInnen hier!

Lea Bill, Stadträtin Junge Alternative JA!, Bern

Ansprache von Etienne Epengola, Association des Congolais de Berne :

*Ansprache nicht schriftlich verfügbar – es gilt das gesprochene Wort
Discours pas disponible en écriture – suivez le discours sur place*

+++++

Nachfolgender Text erschien in der Zürcher Wochenzeitung « PS » und ist keine Ansprache vom 6.10 :

Grüne Gedanken zur Woche (im P.S. 27. September 2007)

Die Blocher/Roschacher/H-Plan Affäre wird nun also auch nächste Woche nochmals die Titelseiten zieren. Wem das letztendlich nützt? Der 21. Oktober wird es zeigen! Mobilisieren konnte die SVP ja auch in der Vergangenheit besonders gut. Gut möglich, dass die Zuspitzung auf BRB ihr weniger zusätzliche Stimmen bringt als vielmehr Blocher-Kritiker mobilisiert. Andererseits funktionierte der Anti-Blocher-Reflex ja vor einem Jahr am 24. September 2006(Asyl- und Ausländergesetzreferendum) ganz deutlich nicht. Möglich wäre auch schlicht eine grössere Wahlabsenz von BürgerInnen, die vom ganzen Theater überfordert, ermüdet oder gar angeekelt sind.

Nicht verstanden habe ich in diesem Theater die Grünen Schweiz. Einerseits heizen sie die Blocher-Debatte an - nachdem sie andererseits dem kreativen Protest gegen Blocher noch die kalte Schulter gezeigt hatten. Worum geht's?

Am Dienstag haben die Grünen im Nationalrat - zusammen mit SP und SVP - eine dringliche Debatte zum GPK-Bericht am kommenden Mittwoch beschlossen. Drei Tage nach dieser dringlichen Debatte, am 6. Oktober, ruft unter dem Motto «ganz FEST GEGEN RASSISMUS» eine bunte Vielfalt von Organisationen auf dem Berner Münsterplatz zu einem bunten Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung auf. Diesem Gegenpol zum gleichzeitigen «Marsch auf Bern» der SVP dagegen haben die Grünen Schweiz letzten Montag ganz explizit die Unterstützung verweigert.

Wer von der Parlaments-Debatte um Blocher letztlich profitieren wird, muss offen bleiben. Dass es gelingt, die Kritikpunkte des GPK-Berichts, die mit dem ominösen H-Plan nichts zu tun haben, endlich in den Fokus zu stellen, darf aber bezweifelt werden. Und wer daran glaubt, dass bezüglich der ganzen Hollenweger-Pläne nun plötzlich eine parlamentarische Debatte ohne vorgängige zusätzliche Untersuchungen bislang Ungeklärtes klären wird, beweist ein etwas gar grosses Vertrauen in ein wahlkampf-fiebriges Parlament.

Auch wer von der SVP-Demo und der Gegenveranstaltung profitiert, kann nicht von vorneherein gesagt werden. Man darf meines Erachtens den SVP-Aufmarsch nicht einfach unkommentiert über die Bühne gehen lassen. Meinungsfreiheit und ein Recht auf eine bewilligte Meinungsäusserung im öffentlichen Raum gilt nicht nur für die SVP, sondern auch für die KritikerInnen. Dass der SVP-Anlass erst hastig vom ursprünglichen «Marsch auf Bern» zur Kundgebung «Einstehen für die Schweiz» umbenannt werden musste, spricht Bände. Die Medien werden diesen Anlass auch ohne Gegenveranstaltung prominent bringen. Aber natürlich besteht die Gefahr, dass allfällige Ausschreitungen auch ohne direkten Zusammenhang mit dem Protest-Fest in Zusammenhang gebracht werden.

Ich komme darum zum Schluss: man kann mit guten Gründen für oder gegen eine Unterstützung dieser beiden blocherzentrierten Veranstaltungen im Parlament und auf dem Münsterhof sein. Unglaublich allerdings wird es für mich allerdings dann, wenn man, wie meine Partei, einmal Ja und einmal Nein sagt. Dass zudem das Ja dem harmlos parlamentarischen, das Nein dem kreativ oppositionellen Widerstand galt, zeugt für mich von Kleinmut. Zur Offenlegung meiner Interesselage: die migrationspolitische Organisation Solidarité sans frontières, deren Geschäftsführer ich bin, unterstützt den Aufruf für die Veranstaltung «ganz FEST GEGEN RASSISMUS» (www.das-schwarze-schaf.ch).

Ach ja, wenn wir gerade beim Schwarzen Schaf sind: Vor einer guten Woche hat eine aus meiner Sicht sehr erfreuliche überparteiliche Pressekonferenz stattgefunden. Und zwar von Schweizern afrikanischer Herkunft, die auf Nationalratslisten der Grünen, SP und CVP kandidieren. Sie forderten den menschlichen Anstand im Wahlkampf wieder ein und plädierten gemeinsam für eine «Offensive für Integration und Chancengleichheit». Ich finde es zentral, dass die mit der «Schwarzen Schaf» Kampagne durchaus beabsichtigt mit Gemeinten sich dagegen wehren, dass pauschale Diskriminierungen als Wahlkampfmittel akzeptiert werden.

Dass im Umgang mit dem politischen Gegner zuweilen mit dem Zweihänder statt dem Florett gefochten wird, geht ja noch an. Austeilen und einstecken können sind Voraussetzungen für politisch aktive Menschen. Anders ist's beim millionenschweren Plakatieren von Sündenböcken. Es ist wichtig, dass hier nicht nur Wohlmeinende sich solidarisch äussern, sondern Betroffene selbst. Nur sie kennen aus eigener Erfahrung, wie weit der gedankenlose Rassismus im Alltag geht, haben vielleicht auch erlebt, was mir nun schon mehrere schwarze Bekannte erzählten: dass sie zum Teil in Trams mit einem «Bäääh» empfangen werden.

Zum Schluss will ich die Gelegenheit nicht verpassen, rechtzeitig einen weiteren persönlichen Dissens zur offiziellen Grünen Position zu klären. Die offizielle gewundene Haltung der Grünen Schweiz zur Bundesratsfrage macht mir wirklich Bauchweh. So wollen die Grünen zwar in den Bundesrat. Aber nur in einen Bundesrat ohne Blocher. Abgesehen davon, dass man als Gewissensproblem kaschiert, was schlicht eine Frage fehlender Mehrheiten ist, kommt mir das so vor, wie wenn man sagen würde: «wir kandidieren fürs Parlament - wenn man die SVP, EDU und Schweizer Demokraten ausschliesst». Eine Regierungsbeteiligung hat pro und kontra. Ich bin dafür. Auch wenn dies die Grünen einigen Oppositionscharme kosten dürfte. Der Einfluss auf die Verwaltung, die Möglichkeit, konkret Verbesserungen zu gestalten, sind in der Regierung vielfach grösser als im Parlament. Gerade wenn BRB bleiben sollte, braucht es dieses Gegengewicht! Damit es allerdings so weit kommt, braucht's erst einen grünen Erdrutschsieg. Sonntagsreden mit dem utopischen Versprechen eines ach so anderen Bundesrats der Zukunft tragen nicht dazu bei, selbst bei einem guten Resultat diese Mehrheiten zu gewinnen.

Balthasar Glättli
Politischer Sekretär von Solidarité sans frontières
Co-Präsident der Grünen Kanton Zürich